

THEMA DES TAGES

EU-AGRARREFORM Die für 2014 bis 2020 in Brüssel vereinbarte neue Ausrichtung zwingt die Landwirte, mehr ökologische Vorgaben zu erfüllen. Viele Betroffene sind besorgt und fühlen sich gegängelt.



Ein Hof mit Perspektive: Alexander Keller baut in Gutenzell-Hürbel im Kreis Biberach den Milchbetrieb seiner Eltern aus.

Foto: Klaus Franke

Bauern fürchten mehr Druck

30 Prozent der Flächenprämie werden mit Umweltauflagen verknüpft

Sorge überwiegt bei Bauern im Südwesten, die wir nach den Folgen der EU-Agrarreform fragten. Sie fürchten neue Gängelung und höhere Pachtpreise. Landesbauernminister Bonde sieht auch positive Ansätze.

RAIMUND WEIBLE
WILHELM HÖLKEMEIER

Alexander Keller, 29 Jahre alt, ein großgewachsener Mann. Intensiv arbeitet er daran, den elterlichen Hof in Gutenzell-Hürbel (Kreis Biberach) weiterzuentwickeln. Sein Stall ist computergesteuert, 200 Kühe, 50 mehr als noch vor zwei Jahren, können sich in der hellen und luftigen Anlage frei bewegen. Seit neuestem verwertet Keller die Gülle seiner Rinder in der betriebseigenen Biogasanlage. Ein Hof mit Perspektive.

Wie sich die zwischen nationalen Regierungen, EU-Kommission und Europaparlament vereinbarte Reform der Agrarpolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 auf seinen Hof auswirken wird, das ist eine Frage, die Keller bewegt, doch es gibt für ihn derzeit kaum Gewissheit. Er glaubt nicht, dass vor der Bundestagswahl Klarheit herrscht. „Erst danach wird entschieden.“

Kritisch beurteilt Keller die Regelung, dass fünf Prozent der Ackerfläche aus ökologischen Gründen aus der Produktion genommen werden soll, ausgenommen die Ackerflächen von Biobetrieben. Der konventionellen Feldbau betreibende Bauer sieht darin einen Eingriff ins Eigentum. Und er befürchtet, dass die neue Regelung Druck auf den Pachtmarkt erzeugen wird.

So sieht das auch Christian Reutter, Vorsitzender des Tübinger Kreisbauernverbandes. Die Ackerfläche sei eh schon knapp, wegen des allgemeinen Flächenverbrauchs und der Energieerzeugung mit Pflanzen. „Noch ein zusätzlicher Druck – das halte ich für ungut“, sagt der 57-jährige Hofinhaber, der sein Geld mit Milchvieh, Muttersauen und einem Stall mit Pensionspferden verdient.

Was die beiden brennend interessiert, ist, wie die wegfallenden Grün-

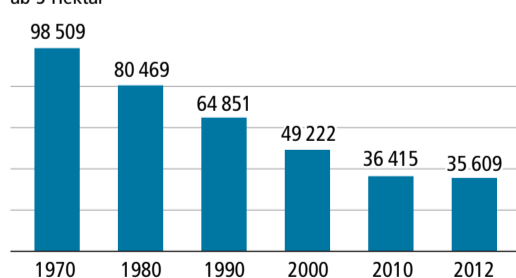
Flächen bewirtschaftet werden dürfen. „Da sieht man noch nicht klar“, sagt Keller. Wenn Eiweißpflanzen wie Klee darauf gesät werden dürfen, wäre die größte Härte für ihn weg. Berlin und Stuttgart hätten Möglichkeiten, die Brüsseler Reformen zu modifizieren, sagt Reutter: „Eine spannende Frage, was da bei uns ankommt.“

Für beide Landwirte sind die Flächenprämien wichtig. „Die Prämie macht immer noch einen erheblichen Teil des Einkommens aus“, sagt Keller, „doch vor zehn Jahren war die Abhängigkeit davon noch größer.“ Das hängt mit den verbesserten Erzeugerpreisen zusammen.

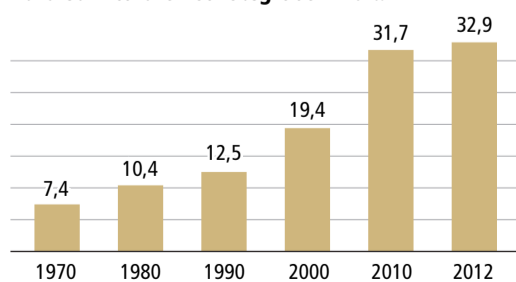
Für Höfe bis zu etwa 16 Hektar wird im Land eine Prämie von 308 Euro/Hektar gezahlt. Haupterwerbsbetriebe wie die von Keller und Reutter bewirtschaften im Landesdurchschnitt 52 Hektar. Der Besitzer erhält 285 Euro/Hektar, also knapp 15 000 Euro im Jahr. Je nach Betriebsform entspricht das etwa der Hälfte des Jahreseinkommens einer Familienarbeitskraft.

Wachsen oder weichen

Landwirtschaftliche Betriebe in Baden-Württemberg ab 5 Hektar



Durchschnittliche Betriebsgröße in Hektar



SWP GRAFIK. Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Alexander Bonde, Landesminister für ländlichen Raum und Verbraucherschutz, versteht die Sorgen der Bauern im Land. Er kann sie auch nicht zerstreuen, denn er tappt in etlichen Bereichen selbst noch im Dunkeln, was die Neuerungen im Detail betrifft.

Bonde: Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

Grundsätzlich jedoch, so lobt der grüne Minister, stimme die Richtung: „In Brüssel hat sich das Prinzip ‚öffentliches Geld für öffentliche Leistungen‘ durchgesetzt.“ Denn 30 Prozent der existenziell wichtigen Flächenprämie wird künftig für die Bauern mit der Erfüllung von Umweltauflagen verknüpft, im Brüsseler Agrar-Fachchinesisch „Greening“ genannt.

Für dieses Greening gibt es verschiedene Möglichkeiten. Das von Brüssel vorgesehene Umbruchver-

bot von Wiesen und Weiden wurde im Land unter der grün-roten Regierung bereits eingeführt. Zudem müssen auf Ackerland (ab 10 Hektar) wieder mindestens zwei Hauptfruchtarten (also nicht immer Mais oder Weizen) angebaut werden, bei mehr als 30 Hektar Fläche drei Fruchtarten. Auch nicht bewirtschaftete Randstreifen von Feldern, Biotope oder der Anbau stickstoffreicher Zwischenfrüchte zählen zum „Greening“ – entscheidend ist der Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger. Die Ausgestaltung im Detail allerdings dürfte frühestens im Herbst kommen, so dass 2014 ein „Übergangsjahr“ für die Bauern wird, ehe die Reform voll in Kraft tritt. Fakt ist, dass 30 Prozent seiner Direktprämie riskiert, wer dann die Auflagen nicht erfüllt.

Offen ist auch noch die künftige Höhe der Prämie. Für Höfe bis zur nationalen Durchschnittsgröße (in Deutschland 46 Hektar) dürfen höhere Hektarprämien gezahlt werden, wenn die dafür erforderlichen Mittel bei der Prämierung der größeren Betriebe gekappt wird. Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) hat einen Vorschlag gemacht: Für die ersten 15 Hektar sollen künftig 50 Euro mehr gezahlt werden, für den 16. bis 30. Hektar 30 Euro.

Dem Bauernverband, der Kürzungen bei Großbetrieben vermeiden will, ist das zuviel. 20 Euro mehr je Hektar sollen Kleinbetrieben bis zu 25 Hektar zugutekommen. Horst Wenk, stellvertretender Hauptgeschäftsführer im Landesbauernverband, bewertet die Reform als eine Art „Renationalisierung“ der Agrarpolitik, es komme nun aber auf die Ausgestaltung an. Er lehnt auch die Umschichtung aus dem Topf der Direktzahlungen in die Zweite Säule (Förderung ländlicher Räume) ab. „Durch ökologische Vorrangflächen“, wendet er ein, „wird die Produktion der Bauern vermindert.“

Agrarminister Bonde würde dagegen noch weiter gehen als seine Kollegin Aigner, den Spielraum zur Umverteilung voll nutzen und Höfe bis zu 46 Hektar stärker fördern: „Das wäre für das von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Baden-Württemberg eine gute Nachricht.“

Gut für kleine Höfe im Südwesten

Elisabeth Jeggle: Auf dem richtigen Weg

Zwang zur Veränderung, Chancen zur Verbesserung: So beurteilt die CDU-Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle die Reform der EU-Agrarpolitik. Sie begleitete die Verhandlungen für das Straßburger Parlament.

WILHELM HÖLKEMEIER

Frau Jeggle, wie fällt Ihr Urteil zur Agrar-Reform aus baden-württembergischer Sicht aus?

ELISABETH JEGGLE: Von allen Interessengruppen gibt es ein wenig Kritik, wir sind also wohl nicht auf dem ganz falschen Weg. Natürlich gibt es wieder Neuerungen und das gefällt manchen Landwirten nicht.

Wie sieht es speziell für Baden-Württemberg aus?

JEGGLE: Wir werden für Baden-Württemberg gute Lösungen haben. Das betrifft die großen Betriebe, die sich am Markt orientieren wollen und können. Es gibt aber inzwischen auch Mehrheiten im Europaparlament, die sich für kleinere Strukturen stark machen, für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft. Das ist in dieser Stärke neu. Auch im Hinblick auf den Erhalt der Landschaft, den Schutz von Boden und Wasser, die Förderung regionaler Kreisläufe und des Tourismus.

Etliche Veränderungen betreffen die direkt an die Bauern gezahlten Flächenprämien. Was bewirken sie?

JEGGLE: Den deutschen Weg der Flächenprämie gibt es seit 2003 mit der Agrarministerin Künast. Jetzt haben wir vom Europäischen Rat der Regierungschefs weniger Geld zur Verfügung bekommen, außerdem müssen wir auch die Erweiterungsländer mit bedenken. Erstmals wird ein Teil der Direktzahlungen auch an die Einhaltung von Umweltauflagen gekoppelt.

Neu ist auch die Möglichkeit, Höfe, die unter der durchschnittlichen Größe von 46 Hektar in Deutschland liegen, besonders zu bedenken bei der Flächenprämie. Das hilft den Bauern in benachteiligten Gebieten mit kleinräumiger Landschaft?

JEGGLE: Dafür habe ich sehr gekämpft, weil es den süddeutschen Bauern entgegenkommt. In Deutschland gibt es eine schwierige Agrarstruktur mit vielen großen Betrieben in den neuen Bundesländern, aber auch teilweise in Norddeutschland... die wollen auf ihre hohen Prämien nicht verzichten. Weder die Bundesregierung noch der Bundesrat ist bereit, das zu ändern und die hohen Prämien zu kap-

pen. Im Europaparlament wurde die Kappung hart gefordert. Als Mittelweg haben wir dann die Möglichkeit der zusätzlichen Förderung für kleinere Betriebe geschaffen.

Junglandwirte dürfen jetzt gezielt stärker gefördert werden, um den Beruf wieder attraktiver zu machen. Wird das ausreichen?

JEGGLE: Es gibt in der ganzen EU Probleme, Hofnachfolger zu finden. Die Mitgliedstaaten müssen bis zu zwei Prozent ihres Budgets für Direktzahlungen verpflichtend für die Förderung von Junglandwirten aufwenden. Ich halte das für richtig, obwohl die deutsche Regierung sich sehr gegen einen bindenden Beschluss gesträubt hat. Wir brauchen Anreize, um auch in benachteiligten ländlichen Räumen bessere Chancen für junge Landwirte und Landwirtinnen zu schaffen.



Elisabeth Jeggle: Wir brauchen Anreize für junge Landwirte. Foto: EP

Auch bei der sogenannten Zweiten Säule der EU-Agrarpolitik, der Förderung der ländlichen Entwicklung, gibt es Veränderungen. Es drohen Kürzungen der EU-Mittel.

JEGGLE: Die Zweite Säule kann national aufgestockt werden. Man kann auch von der Ersten in die Zweite Säule umschichten, das wird man in Deutschland eher nicht tun. Das Neue in diesem Bereich ist, dass bestimmte Agrarumweltmaßnahmen künftig in der Ersten Säule angesiedelt sind. Etwa die ökologischen Vorrangflächen, Anbaudiversifizierung und Erhalt von Dauergrünland. Diese Maßnahmen müssen die Landwirte nun verpflichtend machen, sonst droht ihnen die Kürzung der Flächenprämie. Daher müssen die Umweltmaßnahmen in den Programmen für die Förderung des ländlichen Raums neu gestaltet werden. Da gibt es dann ein breites Spektrum von Möglichkeiten. Das eröffnet für unsere Regionen im Land viele Chancen.

Info Die CDU-Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle (Biberach) ist Agrarexpertin der EVP-Fraktion. Als Folge des Vertrags von Lissabon nahm das EU-Parlament erstmals an den Verhandlungen mit Kommission und nationalen Regierungen über die Agrarpolitik der nächsten Jahre teil.

ECKPUNKTE

Vorrang für Naturschutz

Die EU-Agrarminister, die EU-Kommission und das Europaparlament haben sich über die Ausrichtung der Agrarpolitik bis 2020 geeinigt. Die Kernpunkte.

Flächenprämie Die für Agrarland gezahlte EU-Prämie (in ganz Deutschland 340 Euro im Durchschnitt) soll in jedem EU-Mitgliedsstaat bis 2019 auf mindestens 196 Euro steigen. Wegen der damit verbundenen Umverteilung wird die Prämie in Deutschland um etwa 14 Euro/Hektar sinken. Die Förderung von Flughäfen, Golfplätzen und ähnlichem soll durch eine „Negativliste“ ausgeschlossen werden.

Zweite Säule Bis zu 15 Prozent des nationalen Budgets für Direktzahlungen (Flächenprämie) können für Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raums („Zweite Säule“) umgeschichtet werden. Darüber entscheidet die neugewählte Bundesregierung.

Greening Die Direktzahlungen an Bauern werden in eine Basisprämie (70 Prozent) und eine „Greening“-Prämie (30 Prozent) aufgespalten. Letztere ist an die Erfüllung von Umweltauflagen geknüpft. Es müssen „ökologische Vorrangflächen“ ausgewiesen werden (Randstreifen, Biotope, Zwischenfrüchte). Wer die Auflagen nicht erfüllt, erhält keine „Greening“-Prämie.

Kappung Bis zur durchschnittlichen Hofgröße eines Landes (in Deutschland 46 Hektar) dürfen höhere Prämien gezahlt werden, falls die Mittel bei den Zahlungen an Großbetriebe gestrichen werden („Kappung“). Die Bundesregierung will Betriebe mit maximal 30 Hektar Fläche stärker fördern. Entschieden wird darüber nach der Wahl.



„Ökologische Vorrangflächen“ sollen die Umwelt schonen. Foto: dpa

Jungbauern Hofnachfolger bis 40 Jahre erhalten für die ersten 5 Jahre nach Betriebsübernahme eine um 25 Prozent erhöhte Flächenprämie.

Benachteiligte Gebiete Bis 2018 sollen benachteiligte Gebiete einheitlich neu abgegrenzt werden. Mitgliedstaaten können die Flächenprämie um bis zu fünf Prozent des nationalen Budgets aus Mitteln der Zweiten Säule erhöhen. HÖ